

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

DI Dalibor Strasky,
Antiatom-Beauftragter des Landes OÖ

27. Februar 2018

zum Thema

**"Start der internationalen Kampagne für einen
europaweiten Atomausstieg"**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

"Start der internationalen Kampagne für einen europaweiten Atomausstieg"

Am Freitag startet Umwelt-Landesrat Rudi Anschober einen neuen Schwerpunkt der öö. Umweltpolitik: eine Veranstaltung in Prag ist der Beginn für die internationale Kampagne für einen europaweiten Atomausstieg. Präsentiert wird dabei eine von LR Anschober beim SERI-Institut in Auftrag gegebene Studie über die wirtschaftlichen Auswirkungen eines internationalen Atomausstieges. Das Ergebnis: ein schrittweiser, planbarer und berechenbarer Atomausstieg bringt wirtschaftliche Vorteile. Ähnliche Präsentationen werden in Paris und Brüssel folgen.

Der Hebel zum europaweiten Atomausstieg ist die von LR Anschober mitgegründete "Allianz der Regionen", die sich am 23. April in Mainz trifft. Vorbild ist der deutsche Atomausstieg, der gut voranschreitet: bereits zehn Reaktoren wurden seit 2011 stillgelegt, der Anteil an Ökostrom bereits auf rund ein Drittel gesteigert. Auch bei den Atomhardlinern Frankreich und Tschechien gibt es laut Umfragen eine starke Unterstützung für die deutsche Energiewende.

Die Ausgangslage für einen europaweiten Atomausstieg ist gut: 2017 wurden zwei Reaktoren in Europa vom Netz genommen, damit hat sich die Atomkraft in der EU weiter reduziert, weltweit stagniert sie. In der EU sind heute noch 124 Meiler am Netz, das sind 53 weniger als beim historischen Höchststand 1989.

Hauptgrund: enorme Zeitverzögerungen und Kostenerhöhungen bei den wenigen in Bau befindlichen Atomprojekten und eine immer höhere Unwirtschaftlichkeit der Atomenergie im Vergleich zum immer günstigeren Ökostrom.

Die Atomenergie ist nicht mehr konkurrenzfähig. Oberösterreich wird immer mehr zum Motor für einen europaweiten Atomausstieg:

- Durch das Durchsetzen der österreichischen Nichtigkeitsklage gegen das britische AKW-Projekt Hinkley Point haben wir die Chance, dass es zu keinen Subventionen für AKW-Neubauten mehr kommen darf. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtes wird in den nächsten Wochen erwartet
- Durch die nun von der Bundesregierung eingereichte Klage gegen das AKW-Projekt Paks

- **Die Gründung der "Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg" ist unser Hebel gegen die Subvention von AKW-Neubauten und gegen hochriskante Laufzeitverlängerungen von AKWs und damit für einen schrittweisen Atomausstieg wie in Deutschland. Das beginnt auch in Tschechien bereits zu wirken: die Chefin der tschechischen Atomsicherheitsbehörde SUJB warnt bereits vor Laufzeitbeschränkungen durch die EU!**

Studie belegt Machbarkeit eines europaweiten Atomausstiegs – internationale Darstellung

In einer umfassenden Studie im Auftrag des Landes Oberösterreich belegt das SERI-Institut, dass der Atomausstieg wirtschaftliche Vorteile für Europa bringen würde, die Klimaschutzziele gut verwirklicht werden könnten und sich mit einem Atomausstieg im Vergleich zum bisherigen Kurs sogar die Strompreise mittelfristig reduzieren.

- der Ausstieg aus der Atomkraft zahlt sich wirtschaftlich aus: positive Auswirkungen auf das BIP, keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung in den nächsten Jahrzehnten, positive Auswirkungen auf die Handelsbilanz ab 2025
- der Ausstieg aus der Atomkraft ist gut vereinbar mit den Klimaschutzzielen Europas und damit mit der Umsetzung des Weltklimavertrages von Paris: Reduktion des Energieverbrauches durch erhöhte Investitionen in erneuerbare Energieträger, Reduktion der CO₂-Emissionen um 80 % auch ohne Atomkraft erreichbar
- Verringerung der Stromkosten: Reduktion des Strom- und Wärmepreises über die Zeit und im Vergleich zur Fortsetzung des bisherigen Trends, Reduktion der Konsumausgaben für Elektrizität

LR Anschober: *„Dies ist massiver Rückenwind für meinen Kurs. Wir werden die Studie nun in die entscheidenden Staaten bringen, beginnend mit Tschechien, wo wir die Studie Ende dieser Woche präsentieren. Mein Ansatz, ganz auf den wirtschaftlichen Hebel gegen Atomkraft zu setzen, geht auf. Entscheidet nun auch*

der EuGH gegen staatliche Beihilfen für Hinkley Point C, gibt es keinen wirtschaftlich darstellbaren Weg mehr für Energiekonzerne, Neubauten von AKW zu verwirklichen!“

Aktueller Stand der Atomkraft in Europa und der Welt

Nach den aktuellen Zahlen der Internationalen Atomenergie-Agentur IAEA für 2017 zeigt sich eine deutliche, weltweite Energiewende. Fünf AKW wurde 2017 stillgelegt, darunter der AKW-Block B in Gundremmingen als größter abgeschalteter Meiler. So sind weltweit mit Ende 2017 448 Atomreaktoren in Betrieb, die Zunahme an Kapazitäten betrug nur ein minimales Plus von 0,3 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

Anders die Entwicklung bei den Erneuerbaren: Die Kapazität in Gigawatt bei Solarkraft hat sich mehr als verdoppelt, auch bei Windenergie ist ein Zugewinn von 50 Prozent zu verzeichnen.

Mehr Sonnenenergie und Windkraft, weniger Atomkraft

(weltweite Kapazitätsveränderungen in GW)

| | 2000 | 2005 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
|----------------------------|------|------|------|-------|------|------|------|------|------|-------|------|
| Atom | +1,7 | +2,7 | +3,6 | -7,4 | +1,6 | -1,4 | +4,1 | +5,5 | +7,4 | +0,3 | |
| Bestand¹ | 350 | 368 | 375 | 369** | 371 | 370 | 374 | 380 | 388 | 392 | |
| Solar | 0,3 | 1,5 | 15,3 | 30 | 32 | 40 | 38 | 57 | 75 | >100* | |
| Bestand | 1,1 | 5,2 | 38 | 68 | 100 | 140 | 177 | 228 | 303 | >400* | |
| Wind | 3,8 | 11,5 | 39 | 41 | 45 | 36 | 52 | 63 | 55 | 50* | |
| Bestand | 17,4 | 59 | 198 | 238 | 283 | 318 | 370 | 433 | 487 | 537* | |

Quellen: IAEA, GWEC, WWEA, RENEWABLES 2017 GLOBAL STATUS REPORT

In der EU sind heute noch 124 Meiler am Netz, das sind 53 weniger als beim historischen Höchststand 1989. In den letzten 20 Jahren haben in der EU nur 4 Reaktoren ihren Betrieb aufgenommen (2 Slowakei, 1 Tschechien, 1 Rumänien). Seit den 1990er Jahren in Bau befinden sich lediglich die beiden Projekte Olkiluoto-3 (Finnland) und Flamanville-3 (Frankreich), die von massiven Verzögerungen und Kostenexplosionen gezeichnet sind. Zudem leiden die Atomkraftwerke unter einer

enormen Überalterung: Im Schnitt sind die EU-AKW 32,4 Jahre alt. 60 % der Atomreaktoren Europas sind bereits älter als 30 Jahre.

Deutschland

Im Sommer 2011 wurden acht Reaktoren endgültig vom Netz genommen, nachdem sie kurz nach der japanischen Reaktorkatastrophe bereits vorläufig außer Betrieb gesetzt wurden. Es handelte sich um die Kraftwerke Biblis A, Biblis B, Brunsbüttel, Isar I, Krümmel, Neckarwestheim I, Phillipsburg I und Unterweser. Für die restlichen Atomkraftwerke in Deutschland wurden im Atomgesetz feste Ausstiegszeiten beschlossen, die festlegen, bis wann die restlichen Reaktoren spätestens abgeschaltet werden müssen.

Am 31. Dezember 2017 wurde der Block B des Atomkraftwerks Gundremmingen in Bayern endgültig abgeschaltet. Damit sind in Deutschland noch sieben Reaktoren in Betrieb: Bis spätestens zum 31. Dezember 2019 soll das Atomkraftwerk Philippsburg 2 abgeschaltet werden. Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf folgen dann bis Ende 2021. Die letzten drei Kernkraftwerke werden bis spätestens Ende 2022 vom Netz gehen.

Belgien

Wegen Tausender Haarrisse in den Reaktordruckbehältern waren in den vergangenen Jahren Zweifel an der Sicherheit der Atomreaktoren Tihange-2 und Doel-3 laut geworden – insbesondere von deutscher Seite. Das AKW Tihange liegt nur rund 70 Kilometer von Aachen entfernt. Sowohl die Bundesregierung als auch die NRW-Landesregierung haben wiederholt die Stilllegung dieser Reaktoren gefordert. Das Sicherheitsrisiko durch das grenznahe belgische Atomkraftwerk Tihange ist deutlich größer als bislang bekannt. Das haben gemeinsame Recherchen des WDR-Hörfunks und des ARD-Magazins MONITOR ergeben. Den Redaktionen liegt ein Schreiben der belgischen Atomaufsicht (FANC) vor, das eine deutliche Häufung von so genannten „Precursor“-Fällen im Atomreaktor Tihange-1 belegt. Precursor-Vorfälle sind Vorboten oder Zwischenfälle, die unter bestimmten Umständen zu schweren Schäden am AKW bis hin zur Kernschmelze führen können. Über die genaue Lage, auch die tatsächliche mögliche Gefahr für Reaktorbehälter durch teils tausende Haarrisse wurde nachbarschaftlich von den belgischen zu den deutschen Behörden nicht erläutert.

Aktuelle Stimmungswerte gegenüber Atomkraft

In einer im Mai 2017 in **Tschechien durchgeführten Umfrage** mit 1.019 Befragten zeigt sich ein noch relativ konstantes Bild in der Befürwortung der Bürger/innen zu Atomkraft – jedoch beginnt die Zustimmung zu bröckeln.

Seit 2012 weist das CVVM-Institut rund 30 Prozent an Bürger/innen aus, die sehr oder eher für eine Zunahme des Anteils der Kernenergie im Strommix stimmen und rund 20 Prozent, die sehr oder eher für eine Reduzierung der Kernkraft sind.

Spannend ist jedoch, dass das Vertrauen der Befragten gegenüber der Regierung für die Entscheidung über Atomenergie in Tschechien deutlich abnimmt. Während im Jahr 2016 noch 54 Prozent sehr oder eher Vertrauen in die Regierung hinsichtlich Atomenergie hatten, sind es aktuell nur mehr 43 Prozent. Demgegenüber stehen bei der aktuellsten Befragung 41 Prozent der Regierung skeptisch gegenüber, im Jahr davor waren dies erst 32 Prozent.

Dass Energiewende bzw. die Zukunft der Atomkraft Thema sind, zeigt eine weitere Studie des CVVM: Die Tschech/innen wurden über die Energiewende in Deutschland befragt. Ein Viertel der Befragten weiß über die Energiewende Bescheid, mehr als die Hälfte davon bewertet die deutsche Energiewende als positiv.

Die Ergebnisse zwischen den Gut-Informierten, die die Energiewende dann auch positiv sehen und den Nicht-Informierten sind signifikant.

Befragt wurden auch die Französ/innen: Laut einer in der FAZ zitierten Umfrage wollen diese zwar mehrheitlich nicht aus der Atomkraft aussteigen, jedoch ihren Anteil deutlich verringern. Drei Viertel der Befragten geben an, dass die französische Politik zu sehr auf Atomkraft setze. Zudem schätzen die Franzosen den beherzten Ausbau der erneuerbaren Energieträger in Deutschland. 83 Prozent der Franzosen sind der Meinung, ihr Land müsse mehr in die alternativen Energien investieren. Nur 16 Prozent befürworteten höhere Mittel zugunsten der nuklearen Stromerzeugung – trotz des hohen Investitionsbedarfs der alternden Atommeiler Frankreichs. Klimaschädliche Energieprojekte sollte man meiden, auch wenn sie mehr Beschäftigung bringen, findet eine Mehrheit der Befragten.

Entstanden ist die Studie im Zuge der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Energiepolitik, durchgeführt vom Institut Harris.

Die Umfrageergebnisse mit dem klaren Ruf nach einem Rückbau der Atomenergie stehen damit im Gegensatz zur politischen Linie, wo unter Präsident Macron das Ziel seiner Vorgängerregierung, Atomstrom bis 2025 auf 50 Prozent zu verringern, zumindest aufgeschoben wurde.

Zusätzlich werden die immer stärker atom-skeptischen Französ/innen von der Berichterstattung über ein neues Buch bestätigt: Wie sicher sind die 58 französischen Atomreaktoren? Die klare Antwort der Autoren: Noch nie war die Gefahr eines schweren Unfalls so groß wie heute. Verschärft werde die Situation durch die Nähe der Bewohner/innen zu den AKW sowie durch das Alter der Reaktoren – EdF hat zudem bei seinen Reaktoren um Laufzeitverlängerung auf bis zu 60 Jahre angesucht.

Sollte die Atomaufsicht Autorité de sûreté nucléaire (ASN) dem zustimmen, müsste der zuletzt mit 31,3 Milliarden Euro verschuldete Versorger viel in die Instandhaltung investieren. Der Rechnungshof schätzte 2016, dass dies in den nächsten zehn Jahren 100 Mrd. Euro kosten dürfte.

Chaos bei den AKW-Neubauplänen bzw. Baustellen

Tschechien

Weiterhin unklar ist die Finanzierung des Ausbaus im AKW Dukovany, nun soll im Frühjahr geklärt werden, welches Investitionsmodell der Regierung vorgeschlagen wird. Der zuständige Atomausschuss wird aus drei möglichen Varianten wählen: eine CEZ-Tochter mit einem Staatsgarantie-Modell, eine staatliche CEZ-Tochterfirma oder eine tiefgreifende Transformation des halbstaatlichen Stromproduzenten CEZ in Richtung Abspaltung und Komplettverstaatlichung der Kohle- und Atomkraftsparte.

Gegen die staatlichen Garantien trat wiederholt der frühere Premierminister Andrej Babis auf, dies mit dem Argument, dass CEZ den Ausbau aus eigenen Mitteln stemmen könne.

Zurzeit befindet sich Tschechien nach den Wahlen im Oktober in der Regierungsbildung, die bereits einmal am Votum der Abgeordneten scheiterte. Eine mögliche Variante bleibt auch der ungarische Weg: Anfang 2014 hat Ungarn mit Russland einen bilateralen Vertrag über den Ausbau des AKW Paks geschlossen. Die Gesamtinvestition von rund 10 Mrd. Euro wird zu 80 % über einen russischen Kredit finanziert.

Ungarn

Gegen die Entscheidung der EU-Kommission, die staatlichen Subventionen für das ungarische AKW-Projekt zuzulassen, hat die Republik Österreich dieser Tage Klage eingereicht. Damit folgt sie dem Vorbild im Falle des britischen AKW-Projekts Hinkley Point, wo auf Drängen von LR Anschober ebenso eine Klage eingebracht wurde.

Eine Umfrage im Auftrag von Greenpeace Ungarn zeigt klar:

Nicht nur in Österreich wehrt man sich gegen das Atomkraftwerk. Laut einer erst kürzlich veröffentlichten repräsentativen Umfrage im Auftrag von Greenpeace Ungarn sind auch 61 Prozent der ungarischen Bevölkerung gegen den Bau von Paks II.

Die nächsten Termine:

2. März 2018: Präsentation der SERI-Studie in Prag über die Machbarkeit eines Atomausstiegs

9. März 2018: Antiatom-Gipfel zu Bilanz und Vorschau der Antiatom-Arbeit des Landes OÖ gemeinsam mit den oberösterreichischen und tschechischen Vereinen der OÖ. Antiatom-Initiative in Linz.

11. April: Nuclear Energy Conference (NEC) zum Thema „Atomarer Abfall — das ungewollte Erbe der Kernenergiewirtschaft“ in Prag. Diese Konferenz findet heuer bereits zum 5. Mal statt, abwechselnd in Linz und Prag, um Interessierte und Öffentlichkeit über aktuelle Entwicklungen bei Atomkraft zu informieren und

Austausch zu ermöglichen. Die NEC konnte erfolgreich als europäische Leitveranstaltung der oö. Antiatom-Politik etabliert werden.

Informationen unter: <https://nec2018.eu/de/>

23. April 2018: 3. Treffen der von LR Anschober gegründeten **Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg** auf Einladung des Allianz-Mitglieds Rheinland-Pfalz nach Mainz mit dem Ziel, gemeinsame Positionen und Aktivitäten zu erarbeiten.